

**Niederschrift der 9. Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am
23.04.2019 - öffentlicher Teil**

Datum: 23.04.2019

Zeit: 17:06 Uhr –18:26 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

Kreistagsmitglieder

Herr Frank Bretsch SPD/BVB

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerd Henselin Gemeinnützige Gesellschaft zur
Förderung Brandenburger Kinder
und Jugendlicher mbH
Frau Susann Löscher Angermünder Bildungswerk e.V.

Verwaltung

Herr Henryk Wichmann 2. Beigeordneter
Herr Stefan Krüger Amtsleiter Jugendamt
Herr Andreas Jeske Jugendamt/Jugendhilfeplaner
Frau Ellen Wewiorra Jugendamt/Netzwerkkoordinatorin

Schriftführer

Herr Björn Franke Büro des Kreistages

Abwesende Ausschussmitglieder:

Kreistagsmitglieder

Herr Burkhard Fleischmann SPD/BVB
Herr Gerd Regler FDP
Frau Evelin Wenzel DIE LINKE entschuldigt

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Frau Marion Mangliers AWO Kreisverband entschuldigt
Uckermark e.V.

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Henselin begrüßt die Mitglieder des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und die Mitarbeiter der Kreisverwaltung.

Er stellt fest, dass drei von sieben Mitgliedern des Unterausschusses anwesend sind und der Unterausschuss somit nicht beschlussfähig ist. Herr Henselin weist jedoch darauf hin, dass die vorliegende Tagesordnung keine Vorlagen enthält, über die beschlossen werden kann oder die dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung empfohlen werden können. Eine Beratung über die auf der Tagesordnung stehenden Themen ist somit dennoch in der heutigen Sitzung möglich.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Henselin stellt fest, dass die Tagesordnung allen Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Henselin merkt an, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 8. Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 15.01.2019 - öffentlicher Teil
077/2019
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Vorschlag des Jugendamtes zur Implementierung weiterer Stellen der Schulsozialarbeit im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Förderung der Schulsozialarbeit im Land Brandenburg
7. Überarbeitung der Förderrichtlinie Frühe Hilfen des Landkreises Uckermark

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 8. Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 15.01.2019 - öffentlicher Teil

Vorlage: 077/2019

Herr Henselin stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 8. Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 15.01.2019 – öffentlicher Teil - eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Henselin weist darauf hin, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Henselin merkt an, dass keine Einwohneranfragen bestehen.

zu TOP 6: Vorschlag des Jugendamtes zur Implementierung weiterer Stellen der Schulsozialarbeit im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Förderung der Schulsozialarbeit im Land Brandenburg

Herr Wichmann informiert über die Entscheidung der Landesregierung Brandenburg, in der Stadt Angermünde eine Nebenstelle des Staatlichen Schulamtes einzurichten.

Er teilt in diesem Zusammenhang mit, dass der Landkreis Uckermark im Land Brandenburg der Landkreis mit dem höchsten Anteil an Kindern, die bereits im Kita-Alter Defizite im Spracherwerb, der Motorik etc. aufweisen, dem höchsten Anteil an Kindern, die in Bedarfsgemeinschaften nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) aufwachsen, dem höchsten Anteil an Schulabbrechern sowie der Landkreis mit dem höchsten Anteil an Förderschülern ist.

Vor diesem Hintergrund ist eine Neustrukturierung des gesamten Bildungsbereiches in der Kreisverwaltung geplant. Unter anderem soll ein Teil der Bereiche der Verwaltung, die mit dem Thema Bildung befasst sind, an den Standort Angermünde verlegt werden.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) fördert nach der Richtlinie zur Förderung der Schulsozialarbeit im Land Brandenburg weitere Angebote der Sozialarbeit an Schulen. Das Kontingent für den Landkreis Uckermark wird dadurch um sechs Stellen in der Sozialarbeit an Schulen erweitert. Diese Sozialarbeiterstellen sollen am Standort Angermünde und direkt bei der Kreisverwaltung angesiedelt werden. Hierzu soll eine entsprechende Beschlussvorlage erarbeitet werden.

Herr Bretsch merkt an, dass bei einer Anstellung der Sozialarbeiter bei der Kreisverwaltung die freien Träger im Rahmen von Beratungen, Anleitungen und Weiterbildungen der Schulsozialarbeiter beteiligt werden sollten.

Frau Löscher spricht sich für den Vorschlag von Herrn Bretsch aus. Des Weiteren merkt sie an, dass im Rahmen von Projekten der Sozialarbeit an Schulen stets die Schulleiter zu beteiligen sind, um eine erfolgreiche Durchführung dieser Projekte zu gewährleisten.

zu TOP 7: Überarbeitung der Förderrichtlinie Frühe Hilfen des Landkreises Uckermark

Herr Krüger erläutert, dass Anlass der Überarbeitung der Förderrichtlinie Frühe Hilfen des Landkreises Uckermark ein Antrag der Kreistagsabgeordneten Frau Evelin Wenzel war, der auf eine kritische Überprüfung und Überarbeitung der Richtlinie abzielte.

Frau Wewiorra stellt die Überarbeitung der Förderrichtlinie Frühe Hilfen des Landkreises Uckermark anhand einer Power-Point-Präsentation vor (Anlage).

Auf Nachfrage von Herrn Wichmann bezüglich der rot markierten Veränderung auf der Seite 5 der Richtlinie teilt Frau Wewiorra mit, dass diese noch nicht vollständig ausformuliert ist, dies jedoch nachgeholt wird.

Bezüglich der Neueinführung des Punktes 20 auf der Seite 7 der Förderrichtlinie bemängelt Herr Henselin, dass eine Abstimmung sämtlicher Veröffentlichungen und Verlautbarungen durch den Antragssteller mit dem Jugendamt nicht umsetzbar ist.

Herr Wichmann schlägt vor, im 2. Halbsatz des Punktes 20 nach dem Wort „und“ den Zusatz „nach Möglichkeit“ einzufügen.

Herr Henselin schlägt vor, die Formulierung „die in gemeinsamer Erarbeitung mit dem Jugendamt erfolgen“ im Punkt B.1.2 auf der Seite 11 der Richtlinie in „die in enger Abstimmung mit dem Jugendamt erfolgen“ zu ändern, da die Antragsteller und nicht das Jugendamt die Projekte, Maßnahmen und Angebote erarbeiten.

Frau Wewiorra erwidert, dass die Netzwerkkoordination Frühe Hilfen ein wichtiger Akteur in der gemeinsamen Erarbeitung von Projekten ist.

Herr Bretsch schlägt die Formulierung „die in enger Abstimmung mit dem Jugendamt erarbeitet worden sind“ vor.

Herr Bretsch merkt an, dass die neu eingefügte, rot markierte Formulierung im Punkt B.3.4 auf der Seite 12 der Richtlinie in „es sich nicht um intervenierende Dienste unterschiedlicher Sozialleistungssysteme handelt“ umformuliert werden sollte.

Herr Krüger teilt mit, dass eine Beschlussvorlage unter Berücksichtigung der vorgebrachten Änderungsvorschläge erarbeitet werden soll. Die Beschlussfassung über die Vorlage soll voraussichtlich in der übernächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgen.

zur Kenntnis genommen:

gez. Gerd Henselin
Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Björn Franke
Schriftführer